



Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD Fraktion Stadtrat Lahnstein

Jochen Sachsenhauser
Ostallee 32
56112 Lahnstein
jochen.sachsenhauser@spd-lahnstein.de

Lahnstein den 08.03.2025

Betr.: Ergänzungsantrag zur Sitzungsvorlage BV 26/5204 – Prüfung einer internen Lösung für die Informationssicherheit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Siefert,

vielen Dank für die Informationen in der Sitzungsvorlage BV 26/5204 zur Beauftragung eines externen Informationssicherheitsbeauftragten (ISB). Die SPD-Fraktion teilt die Einschätzung der Verwaltung, dass die Einrichtung eines Informationssicherheitsbeauftragten für moderne Verwaltungen inzwischen ein notwendiger organisatorischer Standard ist. Auch die vorgesehene Inhouse-Vergabe über kommunale Gesellschaften ist grundsätzlich möglich und rechtlich unproblematisch.

Gleichwohl sieht die SPD-Fraktion vor einer endgültigen Entscheidung weiteren Beratungsbedarf. Nach der vorliegenden Kalkulation würde die externe Beauftragung jährlich rund 76.636 Euro brutto verursachen. Der kalkulierte Leistungsumfang entspricht nach den Angaben der Vorlage einem Arbeitsaufwand von rund 320 Stunden pro Jahr, also etwa 40 Arbeitstagen. Dies entspricht in etwa 0,2 Vollzeitäquivalenten (VZÄ).

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, ob die Aufgaben der Informationssicherheit durch Schaffung eines zusätzlichen Stellenanteils innerhalb der Stadtverwaltung organisiert werden können. Aus Sicht der SPD-Fraktion könnte eine interne Lösung organisatorische und wirtschaftliche Vorteile bieten, da Informationssicherheit eine dauerhafte Querschnittsaufgabe darstellt, die eng mit den internen Verwaltungsabläufen verbunden ist.

Die in der Vorlage beschriebenen Aufgaben des Informationssicherheitsbeauftragten gehen deutlich über eine einmalige Projektleistung hinaus. Sie betreffen unter anderem die kontinuierliche Bewertung von Risiken, die Begleitung von Verwaltungsprozessen, die Koordination zwischen Fachbereichen und IT-Strukturen sowie die Dokumentation und Weiterentwicklung von Sicherheitsmaßnahmen. Informationssicherheit ist damit ein fortlaufender organisatorischer Prozess, der fest in die Abläufe der Verwaltung eingebunden sein muss.

Eine interne Zuständigkeit könnte dazu beitragen, Fachwissen innerhalb der Verwaltung aufzubauen und dauerhaft vorzuhalten. Gleichzeitig könnten sicherheitsrelevante Prozesse enger mit den Arbeitsabläufen der einzelnen Fachbereiche verzahnt werden.

Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erscheint eine solche Prüfung sinnvoll. Die vollständig externe Vergabe basiert auf vergleichsweise hohen Stundensätzen und führt zu dauerhaft wiederkehrenden Kosten. Eine interne organisatorische Lösung könnte es ermöglichen, externe Dienstleistungen für einzelne spezialisierte Fragestellungen gezielter einzusetzen und gleichzeitig interne Kompetenzen aufzubauen. Da für das Jahr 2026 ohnehin eine Anpassung des Stellenplans im Rahmen eines Nachtragsstellenplans vorgesehen ist, bietet es sich an, die organisatorischen und finanziellen Auswirkungen einer möglichen internen oder teilweise internen Lösung in diesem Zusammenhang zu prüfen und dem zuständigen Ausschuss darzustellen.

Beschlussvorschlag:

- Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,
- welche organisatorischen Möglichkeiten bestehen, die Aufgaben eines Informationssicherheitsbeauftragten ganz oder teilweise innerhalb der Stadtverwaltung wahrzunehmen,
 - welche Kosten bei der Schaffung einer 0,5-Stelle im Bereich Informationssicherheit/Verwaltungsorganisation entstehen würden,
 - in welchem Umfang eine interne Stelle mit externer fachlicher Beratung kombiniert werden könnte.

Die Ergebnisse sollen dem zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Sachsenhauser

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion